

Schuldirektoren (die sehr bald Muslimen sein können) den christlichen Religionsunterricht überwachen. Muslimischer Religionsunterricht wird allen Schülern erteilt, die es wünschen, jedoch außerhalb der kirchlichen Baulichkeiten.

Unterdessen zeigen einige, wenn auch unbedeutende Zwischenfälle, daß weder die Regierung noch die von ihr eingesetzten Lehrer irgendwelche Rücksichten auf die christlichen Teile der Bevölkerung nehmen werden, noch sich an die Versicherungen der Regierung zu halten denken, daß das Recht auf Ausübung und Empfang des Religionsunterrichts unangetastet bleiben werde. Ein neu eingesetzter Schuldirektor in Abyei erklärte seinen Schülern, daß von Religionsunterschieden unter den Sudanese nicht mehr die Rede sein könne: Eines Tages würden alle Sudanese muslimisch sein — so wie die Regierung es ist. In Nyambel forderte ein Schuldirektor von vier katholischen Kindern, die kurz zuvor getauft worden waren und die ihm ihren neuen Namen nannten, daß sie ihrer Religion widersagen oder aber nach Hause gehen sollten. Als diese sich weigerten, gab er jedem der Kinder ein Stück Seife, damit sie sich am Fluß die Taufe abwaschen könnten.

Abgesehen von der Beschlagnahme der Missionsschulen, wird auch der Kirchenneubau im Süden praktisch nicht mehr möglich sein. Jedes neue Kirchenbauvorhaben muß in Zukunft bei den Distriktchefs (bisher bei den Dorfhäuptlingen) beantragt werden. Es wird erwartet, daß diese alle Gesuche ablehnen werden.

Die allgemeine Situation im Süden scheint äußerlich relativ ruhig zu sein. Es ist jedoch ernstlich zu befürchten, daß bestimmte muslimische Kreise, wenn nicht die Regierung selbst, zu irgendeinem Zeitpunkt Unruhen provozieren werden, um auf diese Weise rigorose Maßnahmen gegen die christlichen Institutionen bzw. die heidnische Bevölkerung zu rechtfertigen.

Es werden konsequent Gerüchte verbreitet, daß die katholische Hierarchie eine allgemeine Erhebung im Süden vorbereite. So wurde z. B. Msgr. Baroni, Apostolischer Vikar von Khartum, in der Tageszeitung „Al-Ayam“ (29. 4. 57) beschuldigt, in einem Briefe die Häuptlinge im Süden zur Erhebung gegen die Regierung aufgefordert zu haben. Die Verbreitung dieser Gerüchte muß unbedingt ernst genommen werden, denn sie ist durchaus geeignet, die Situation zu verschlechtern.

Der Gouverneur in der Provinz Äquatoria, A. Baldo, nimmt diese Anschuldigungen zum Anlaß, um dem Apostolischen Vikar von Bahr el-Gebel, Bischof S. Mazzoldi, und dem Apostolischen Präfekten von Mapoi, P. Ferrara, Schreiben zu übermitteln, in denen er seine Anerkennung für die erzieherischen und religiösen Dienste der Missionen und seine Achtung für die katholische Kirche ausspricht, dann jedoch zu recht haltlosen Beschuldigungen übergeht: Angehörige der Missionen hätten Handlungen begangen, die dazu geeignet seien, die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Der Gouverneur verweist auch auf den gemeinsamen Protest der sudanesischen Bischöfe und auf den „jüngsten Brief des Bischofs Baroni“, die die Absichten der katholischen Hierarchie erkennen ließen. Darüber hinaus warnt er in seinen Briefen, daß jede Übertretung der Gesetze strengstens geahndet werden würde. Dann heißt es wörtlich: „Unruhen in den Schulen oder in der Öffentlichkeit würden der Anstiftung des katholischen Klerus zugeschrieben werden, da das jüngste Schreiben

Ihres ‚Hauptquartiers‘ eine solche Absicht klar erkennen läßt.“

Auch in der muslimischen Presse werden heftige Angriffe gegen die katholische Kirche verbreitet. So schreibt z. B. der Verleger des „Al-Ayam“, nachdem er von einer Reise in den Süden zurückkehrte, daß die katholische Kirche einen Staat im Staate bilde und die italienischen Missionare unter dem Mantel der Religion den Imperialismus des Duce wiederaufleben lassen wollten — man müsse die Gäste, die sich des Hauses bemächtigen wollten, des Landes verweisen.

Alle die Vorfälle — an sich Bagatellen — weisen darauf hin, daß die Regierung bei der Nationalisierung der Schulen nicht stehenbleiben und daß auf der anderen Seite die Islamisierung und Arabisierung des Südens vorläufig noch auf Widerstand stoßen wird. Die sudanesische Regierung sieht ihre politische Aufgabe darin, den Süden zu integrieren — d. h. zu arabisieren. (Eine großzügige Minderheitenpolitik ist im Orient nicht denkbar.) Für die orthodoxen Muslimen des Nordens stellt der Süden aber auch noch ein religiöses Problem dar, von dem in der Öffentlichkeit kaum etwas verlautet. Der Islam kennt eine religiöse Toleranz nur gegenüber Juden, Christen und Parsen. Diese sind zu dulden, solange sie sich der muslimischen Regierung unterwerfen. Heiden dagegen, und der Süden ist von 3 Millionen Heiden bevölkert, dürfen in einem muslimischen Staatswesen nicht geduldet werden. Sie sind zum Islam zu bekehren oder aber zu töten. Die zukünftige sudanesische Verfassung wird zwar mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht auf dem Islam fußen (wie etwa in Arabien, wo selbst Christen nicht geduldet werden), und es steht noch nicht einmal fest, ob der Islam Staatsreligion wird. Soviel jedoch ist sicher: Der herrschende Norden ist muslimisch, und seine allgemeinen Vorstellungen werden vom Islam beherrscht. Das Handeln der Regierung wird weniger von einer nationalsudanesischen Fiktion (es gibt keine sudanesische Nation) als von den Forderungen des Islams bestimmt, d. h., sie wird auf die Dauer keineswegs eine größere heidnische Minderheit und auch nicht eine weitere Verbreitung des Christentums dulden. Welche Schritte sie unternehmen wird, um dieses Ziel zu erreichen, sie werden auf das gleiche hinauslaufen.

Die Situation der Missionen und der eingeborenen Christen im Sudan wird besonders dadurch erschwert, daß die sudanesische Regierung keinerlei Rücksichten auf eine Weltmeinung zu nehmen braucht — das, was mit einigen Hunderttausend Christen im Sudan geschieht, wird nur noch von wenigen sonderlich ernst oder tragisch genommen; die Beziehungen zwischen dem Sudan und irgendeinem christlichen Staat werden hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Die sudanesische Regierung hat also in ihrem Lande Christen und Heiden gegenüber volle Handlungsfreiheit.

Ökumenische Nachrichten

Die VELKD-Synode Die Generalsynoden der „Vereinigung zur Predigtnot“ ten Evangelisch-Lutherischen Kirche“ haben eine gute Überlieferung: sie arbeiten, sie beschließen notwendige Gesetze und Kirchenordnungen, und sie bemühen sich redlich darum, daß allmählich eine Lutherische Kirche innerhalb der EKD heranwächst. Neuer-

dings suchen diese Generalsynoden allerdings auch die Chance einer gleichsam parlamentarischen Publizität wahrzunehmen und die großen geistlichen Sorgen der christlichen und durchaus nicht nur der lutherischen Öffentlichkeit wenigstens durchzusprechen; denn lösen lassen sich diese Sorgen nicht in wenigen Tagen durch synodale Entscheidungen. Daß sie vernehmlich ausgesprochen werden, ist schon wichtig genug. War es vergangenes Jahre das Thema der Toleranz, vor allem auf das Verhältnis zur römischen-katholischen Kirche angewandt (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 480 bis 485), so stand auf der vom 19.—23. Mai in Hamburg tagenden diesjährigen Generalsynode die Predigtnot im Mittelpunkt der Beratungen, und zwar so eindringlich, daß mancher andere Punkt der Tagesordnung, z. B. die Aussprache über eine Anleitung zur Einzelbeichte, darunter leiden mußte und die Vorlage zu einem Pfarrergesetz mit dem theologischen Problem des Amtes in der Kirche zurückgestellt wurde. Nur eine Stellungnahme zu der schwebenden Aussprache über die Atomgefahr kam hinzu und wurde fast zum Anwendungsfall einer rechten „politischen“ Predigt.

Zur Atomgefahr

Diese Kundgebung, eigentlich ein Werk der lutherischen Bischofskonferenz, lautet u. a.: „Mit tiefer Sorge sehen wir, daß sich die Furcht wie ein giftiger Nebel über die Menschheit ausbreitet. Durch die Erklärung der Göttinger Professoren ist vielen zum erstenmal das Ausmaß bewußt geworden, daß bis zur Stunde kein Mensch einen Ausweg aus dieser Not sieht. In dieser Lage sind wir aufgerufen, unser Vertrauen auf Gott zu setzen. Auch im Atomzeitalter gilt das Erste Gebot: ‚Ich bin der Herr dein Gott, du sollst nicht andere Götter haben neben mir.‘ Wir handeln gegen Gottes Gebot, wenn wir an die Stelle der Furcht vor Gott die Angst vor der entfesselten Atomkraft treten lassen. Wir dürfen unser Vertrauen nicht auf selbstgeschaffene Sicherheit setzen — weder auf den Besitz von Atomwaffen noch auf den Verzicht auf diese Waffen . . . Die christlichen Kirchen haben in den letzten Jahren unablässig gemahnt, die Atomkraft nicht zum Werkzeug der Zerstörung zu machen. Es geht um den Menschen! Es gilt nicht die Kräfte der Schöpfung zu ächten, sondern dem Menschen in den Arm zu fallen, der diese Kräfte mißbrauchen will. Das muß bei allen Völkern geschehen!“ Zum Schluß wird es „ein Verstoß gegen die Verantwortung der Staatsmänner“ genannt, wenn die Atomfrage in die Taktik des Wahlkampfes einbezogen wird. „Die atomare Bedrohung ist kein deutscher Wahlschlager!“

Das Verhältnis zu Rom

Ehe wir auf das Hauptthema eingehen, ist noch ein Abschnitt aus dem Tätigkeitsbericht des leitenden Bischofs, D. Hanns Liljes, über das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche von Interesse. Darin heißt es im Anschluß an die verständnisvollen Berichte katholischer Blätter über die letzte Generalsynode: „In Fortsetzung des Gesprächs über das Toleranzproblem hat sich die Kirchenleitung . . . regelmäßig über konkrete Fragen des Verhältnisses zur römischen Kirche eingehend informiert und dabei den derzeitigen Stand des Gesprächs zwischen den Konfessionen, die Äußerungen und das Erscheinungsbild der römischen Kirche, ferner die Bedeutung des Gesprä-

ches für die eigene Kirche sorgfältig analysiert. Auf römisch-katholischer Seite stehen die Gesprächsmöglichkeiten mit der lutherischen Kirche stark im Vordergrund des Interesses. Andererseits sieht die Kirchenleitung (der VELKD) im Verhältnis zu Rom eine ökumenische Aufgabe, der sich die lutherische Kirche nicht entziehen kann.“ Diese Aufgabe wird nun sehr eigentümlich begründet: „Ohne Zweifel warten nicht wenige römisch-katholische Laien und Theologen auf einen echten geistlich-theologischen Dienst an ihrer Kirche.“ Diesen Satz sollte man wägen!

Sodann fährt der Text fort: „Bestimmte Konversionen sowie katholisierende Tendenzen in der evangelischen Kirche machen aber eine Krisensituation der evangelischen Theologie sichtbar, die eine stärkere Bearbeitung der von daher gestellten Fragen erfordert. Das interkonfessionelle Gespräch wird sich in gleicher Weise kurzschlüssiger schwärmerischer Einigungsbemühungen wie der rein polemischen ‚protestantischen‘ Negation zu enthalten haben . . .“ Unter den drei Aufgaben nennt die Erklärung: die sachliche und personelle Vorbereitung und Vertiefung der Gesprächsmöglichkeiten zwischen den Kirchen, eine ausreichende theologische Bearbeitung der kontrovers-theologischen Fragen und eine Ausbildung der Pfarrerschaft, die Rom weithin in vortridentinischer Perspektive sieht, ohne einen Einblick in die Differenziertheit der heutigen römischen Theologie zu haben. Zum Schluß wird die Beauftragung von Landesbischof Hermann Dietzfelbinger mit der Führung des Gesprächs mit der römisch-katholischen Kirche erwähnt und die Herausstellung weiterer Beauftragter in den Gliedkirchen der VELKD in Aussicht gestellt. „Die Kirchenleitung hat weiterhin den Theologischen Ausschuß beauftragt, sich mit den von evangelischen Theologen, die eine lehrmäßige Annäherung an die römische Kirche suchen, aufgeworfenen Fragen zu befassen. Dabei wird der eigene theologische Standort die Mitte einnehmen zwischen einer aktualistischen Verflüchtigung des Kirchenbegriffs und einer römischen Verhärtung des Traditionsbegriffs. Aufgabe der lutherischen Kirche ist es, nach beiden Seiten hin das sola scriptura zu entfalten. Der Theologische Ausschuß erarbeitet z. Z. Richtlinien für die evangelischen Teilnehmer der Una-Sancta-Arbeit . . .“

Wir haben diese informationsreiche Erklärung möglichst im vollen Wortlaut unseren Lesern aus dem Originalbericht zur Kenntnis gebracht, damit hinreichende Klarheit über die Lage besteht.

Predigtsprache und Weltsprache

Die Frage der Predigtnot war von verschiedenen Seiten her aufgegeben. In Vorberichten waren genannt die Unsicherheit im Inhalt der Predigt, die unheilvolle Zweigleisigkeit von Exegese und Dogmatik, die Unsicherheit über die Verbindlichkeit des biblischen Wortes und des Kanons, das Umsichgreifen „katholisierender Tendenzen“ und schließlich die Kluft zwischen Predigtsprache und Weltsprache. Die Synode bekam eine Reihe großer Referate zu hören, darunter von Landesbischof Lilje: „Was und wie sollen wir predigen?“, und von Landesbischof Dietzfelbinger: „Aufgabe und Verheißung der Predigt.“ D. Lilje geißelte u. a. eine geistesgeschichtlich-bürgerliche Rückständigkeit der Predigt, warnte aber vor einer falschen Modernität und geistlicher Unlauterkeit. Die Predigt als Daseinsgrund der Kirche stellte er nicht in Frage.

D. Dietzfelbinger, der davon sprach, daß die Predigt den Menschen schafft und Weltgeschichte macht, wenn sie richtig ist, rückte schließlich das Thema in einen weiteren Zusammenhang und wies darauf hin, wie oft der Prediger isoliert sei, ohne Beichte, ohne Abendmahl, ohne Bruderschaft, ohne Gebet! Die eindringlichste Diagnose des Übels gelang Professor *Müller-Schwefe*, Hamburg, mit seinem Vortrag: „Wie spricht die Kirche des Wortes heute?“ Daraus bringen wir die wichtigsten Gedanken (der ganze Text ist im „Informationsblatt“, Hamburg, 1. Juniheft 1957, abgedruckt).

Ausgehend von der notwendigen Klärung des Verhältnisses von fleischgewordenem Gotteswort und verkündigendem Menschenwort, stellte der Redner fest, daß das Geheimnis der Gottebenbildlichkeit nicht bedeute, unsere Sprache sei fähig, Gottes Wort aufzunehmen und zu beantworten, sondern Gottes Wort ist fähig, ja hat sein Wesen darin, in die menschliche Sprache einzugehen, auch in die Sprache unserer Zeit. Das Besondere dieser Sprache ist, daß sie das Werden der Sprache, vom Anruf des Kindes durch die Mutter, vom Erwachen des konkreten Ich- und Dingbewußtseins über die Bildung der abstrakten Begriffe, wesentlich überschreitet. Heute erzeugt die wissenschaftliche Formel eine neue, künstliche Welt. Die Maschine ist eine zum Gestell gewordene Formel, und unsere Sprache bewegt sich heute vorwiegend in solchen Wortphantomen. An die Stelle der eigenen Erfahrung tritt der Wortbericht in Radio und Zeitung, ein Leben aus zweiter und dritter Hand. Das Ich, das nur noch als Funktion innerhalb einer künstlichen Welt existiert, wird von dem persönlichen Anruf des Wortes Gottes nicht mehr erreicht. Personale Beziehungen gibt es fast nur noch im Naturschutzpark der Familie, alle anderen Beziehungen richten sich nach ihrem Gebrauchswert. Die völlige Enthüllung alles Privaten in Öffentlichkeit habe etwas Endzeitliches an sich. In dieser Welt der Formeln und der Propaganda gleicht das Predigtwort einer Schiffsschraube, die in die Luft schlägt. Unsere Weltsprache ist so autonom, daß Gott nicht darin als Ich oder Du vorkommen kann, der Begriff von ihm ist reine Ideologie.

Angesichts dieser Kluft versuchen die Pfarrer es mit allen möglichen Methoden, den Menschen doch zu erreichen. Sie betätigen die Gefühlswelle, schminken ihre Sprache violett, gebrauchen massiv die Sprache Kanaans oder flüchten in objektive theologische Aussagen, in eine entmythologisierte Sprache. Im Grund aber ist die Widerständigkeit unserer Weltsprache gegenüber dem Wort Gottes durch keine Methode zu beheben. Es gibt keine „Wortgerechtigkeit“ und auch keine sakrale Sprache, es gibt nur die menschliche Sprache, deren sich Gott bedient. An dieser Stelle zitiert der Vortragende Dietrich Bonhoeffer: „... Darum müssen die früheren Worte kraftlos werden und verstummen, und unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muß neu geboren werden aus diesem Beten und aus diesem Tun.“ Unter den Gedanken, die zu einer Lösung beitragen sollen, nennt Müller-Schwefe auch diesen: „Wir verkündigen heute die Sünde. Die schien im Bereich der persönlichen Verantwortung ein offener Tatbestand zu sein... Inzwischen aber ist der Mensch so in kollektive Zusammenhänge eingespannt worden, daß eine Verkündigung, die ihn auf seine persönliche moralische Verant-

wortung anspricht, nicht trifft. Hier kommt etwas Neues auf uns zu...“ Was da zu einer neuen Interpretation des Evangeliums angedeutet wird, ist nicht klar geworden. So bleibt letzten Endes nach dem gutem Anlauf der Diagnose nur die Lösung, „daß Christus durch Leiden den Menschen als Person lebendig macht und daß daraus bei seiner Gemeinde auch die Kraft erwächst, durch Leiden an der Anonymität, durch leidende Liebe und Zuwendung zum anderen ihn aus der Welt der Formeln herauszulieben und zu Gottes Kind zu machen“.

Was die Synode schließlich in sieben Punkten, sowohl Predigern wie Gemeinden als Anregung, beschloß, bleibt hinter dem hier Gesagten zurück und handelt wesentlich davon, die Pfarrer aus ihrer Isolierung zu lösen und mit den Laien in eine dialogische Beziehung zu bringen. Das Thema selber aber ist reif für eine Ausschlußarbeit, die nicht nur aus Theologen wird bestehen können.

Anglikanisch-schottische Union? Die Kirche von England, über deren Dilemma unter dem Einfluß der „Kirche von Südindien“ wir im vorigen Jahre berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 173), muß eine neue Probe der von ihr beanspruchten Katholizität oder Weitherzigkeit ablegen. Auf den Mai-Convokationen von Canterbury und York kamen nicht nur neue Artikel des Kanonischen Rechts der Kirche von England zur Verhandlung, sondern es wurde auch das Projekt einer Art Union zwischen der bischöflichen Anglikanischen Kirche und der presbyterialen Kirche von Schottland als Studiendokument unterbreitet, worüber aber erst verhandelt werden soll, wenn die Sache im kommenden Jahre der Lambeth-Konferenz sämtlicher anglikanischer Bischöfe der Welt zur Beratung vorgelegt worden ist. Die Begleitmusik des Erzbischofs von Canterbury, Dr. G. Fishers, bestand genau wie im vergangenen Jahre aus einer Mischung aggressiver Töne gegen die böse römisch-katholische Kirche und ihre Proselytenmacherei — um die „Evangelicals“ zu befriedigen —, verbunden mit dem ebenso großzügigen wie unverbindlichen, weil unrealisierbaren Angebot an den Papst, er könne jederzeit den Vorsitz eines Rates der wiedervereinigten Kirchen übernehmen („Church Times“, 31. 5. 57), womit wieder die Anglikatholiken getröstet werden sollten. Diese Doppelglosigkeit in der Behandlung der römischen Frage gehört nun einmal zu den parlamentarischen Requisiten eines Kirchenwesens, das so widersprüchliche Tendenzen in sich vereinigen muß, Tendenzen, die jetzt z. B. im Canon V über „Die Lehre der Kirche von England“ so formuliert worden sind:

„Die Lehre der Kirche von England gründet in der Heiligen Schrift und in der Unterweisung der Alten Väter und Kirchenkonzilien, soweit sie mit der Schrift übereinstimmen, besonders aber findet man sie in den 39 Artikeln (von 1562), im Common Prayer Book und im Ordinal.“ Das bedeutet etwa die Synthese von katholischer Messe und reformierter Abendmahlslehre unter einer bischöflichen Sukzession, die nicht sehr nach der Lehre und erst recht nicht nach der Einheit mit der ganzen Kirche fragt.

Was nun das Unionsprojekt betrifft, so hatte es Erzbischof Dr. Fisher schon im vorigen Jahre angekündigt, denn es ist seit langem darüber zwischen namhaften Theologen der Kirche von England, vertreten durch mehrere Bi-

schöfe, der Kirche von Schottland, der Presbyterianischen Kirche Englands und der Bischöflichen (anglikanischen) Kirche in Schottland verhandelt worden. Damals meinte der Erzbischof, nachdem er versprochen hatte, man werde den Weg der Kirche von Südinien nicht wiederholen, „insofern er auf schlüpfrigem Boden geschah“: „Wir haben nicht die Absicht, irgend einen echten Teil unseres katholischen Erbes zu verlassen. Wir haben überhaupt keine Neigung zu irgendeiner Art Panprotestantismus. Wir versuchen nicht, Vereinbarungen mit protestantischen Denominationen zu schaffen noch in absehbarer Zukunft eine Union mit irgendeiner von ihnen zu einem organischen Körper herzustellen.“ Unter Bezug auf die Verhandlungen mit der Kirche von Schottland erklärte er, es werde „zur Zeit“ kein Unionsschema im Sinne irgendeiner Union verfolgt. Das war für 1956 richtig, für 1957 vielleicht auch noch. Aber was ist dieses neue Projekt, und als was wurde es den beiden Convokationen präsentiert?

Keine „Union“, aber „volle Gemeinschaft“

Man wolle die beiden Kirchen „in eine engere Beziehung“ zueinander bringen, aber nicht die schottische Kirche in die Kirche von England aufnehmen, hieß es auf der Convokation von Canterbury. Der Referent vor der Convokation von York betonte ebenfalls den vorläufigen Charakter des Projekts, das vorerst keinerlei Verhandlungen einleiten, sondern nur diskutiert werden solle, aber er sprach von einer „vollen Gemeinschaft der beiden nationalen Kirchen mit bleibender Differenz des Ethos“. Nun, im Englischen muß man sich in solchem Fall nicht an Worte klammern. Wie die Weichen gestellt werden, zeigt der Plan selbst. Der gedruckte Bericht, der am 3. Mai in der „Church Times“ veröffentlicht wurde, ist von der britischen „Society for the Propagation of Christian Knowledge“ (SPCK) herausgegeben. Er geht von der Feststellung aus, daß die Kirche Christi mit ihrem Versöhnungswerk in der Welt unglaublich bleibe, wenn sie nicht die Spaltungen überwindet. Die Zeit sei gekommen, die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen. Der Bericht will nicht eine umfassende „Kirche von Großbritannien“ empfehlen, wohl aber „volle geistliche Gemeinschaft“ der beteiligten Kirchen. Dazu gehöre keine Gleichförmigkeit des kirchlichen Lebens und Gottesdienstes. Jede Kirche könne ihre eigene Tradition bewahren. Doch erstrebe man „die vollständige Sakramentsgemeinschaft“ und die gegenseitige Anerkennung der geistlichen Ämter.

Der Bericht vermeidet es, das Problem der Sakramentsgemeinschaft durch die Erörterung der verschiedenen Lehren vom Abendmahl aufzugreifen, und geht sogleich auf die Frage der Ämterordnung. Um zu einer Gemeinsamkeit der Ämter zu gelangen, wird der reformierten Kirche Schottlands empfohlen, Bischöfe zu wählen und weihen zu lassen. Man ist sich darüber klar, daß schon das Wort „Bischof“ für einen reformierten Schotten anstößig ist. Diese neuen Bischöfe sollen nun keineswegs die reformierte Ältestenverfassung ablösen. Das Presbyterium leitet nach wie vor die Kirche, nur daß der Moderator ein „Bischof“ wird. Die Generalsynode der Ältesten und Prediger bleibt nach wie vor die oberste Autorität in Fragen der Lehre, der Verwaltung und des Kirchenrechts. Die „Bischöfe“ der einzelnen Presbyterien gehören der Synode an, bilden aber kein Oberhaus wie in der Kirche

von England. Allerdings bedürfen die Entscheidungen der Generalsynode ihrer Zustimmung.

Die Anglikanische Kirche solle ihrerseits das Ältestenamts entwickeln und Laien mit diesem Amt betrauen, natürlich auch die Verfassung demgemäß abändern, daß diese Ältesten in die kirchlichen Körperschaften eintreten, um auch dort die geistliche Mitverantwortung zu übernehmen. In England würden die anglikanischen Bischöfe auf provinzieller und nationaler Ebene ihre jetzige Autorität behalten und weiterhin ein Oberhaus bilden.

Penicillin oder Dynamit?

Die Berichterstatter empfehlen den vier Kirchengemeinschaften, die sie vertreten, vorerst keine Beschlüsse zu fassen, sondern die Frage gründlich zu studieren, Gebetsgottesdienste abzuhalten und eines Tages, wenn alle Beteiligten zur Aussöhnung bereit sind, einen Predigertausch vorzunehmen, die reformierten Christen zunächst bei besonderen Gelegenheiten zum anglikanischen Abendmahl zuzulassen und andere gleitende Übergänge mehr. Ein typisch englisches Konzept, unbelastet von dogmatischen Hemmungen und sicher auf der geschichtlichen Notwendigkeit beruhend, die einst aus der anglikanischen Staatskirche verdrängten oder ausgesprungenen Gemeinschaften nach und nach wieder einzusammeln. Über das Echo liegen begrifflicher Weise noch keine Meldungen vor, außer einer Nachricht von der Generalsynode der Kirche von Schottland in Edinburgh, wo der Berichterstatter den Plan als „theologisches Penicillin“ präsentiert hatte, aber dann zu hören bekam, daß er Dynamit verabfolge. Die Synode faßte eine Entschliebung, daß sie den Argumenten und Folgerungen des zwischenkirchlichen Ausschusses in keiner Weise zustimmen könne. Das ist sicher nicht das letzte Wort. Denn wir wissen aus früheren Berichten, daß gerade die „protestantischen“ und freikirchlichen Kreise im englischen Kulturraum bereit sind, sich mit dem anglikanischen Bischofsamt als praktischem Mittel einer ökumenischen Synthese abzufinden, wenn man ihre eigenen Ämter anerkenne (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 314 f.). Die Kirche von Schottland wird darin freilich besonders anspruchsvoll sein, weil sie von einer „presbyterialen Sukzession“ überzeugt ist. Über die allen diesen ökumenischen Plänen einer Synthese zugrundeliegende Lehre von den drei urkirchlichen Ämtern, die wieder vereint werden müßten, ist die Schrift des verstorbenen anglikanischen Benediktiners Dom Gregory Dix maßgebend, über die wir seinerzeit berichtet haben: „Das Amt in der Alten Kirche“ (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 504).

Vor einer ostasiatischen Ökumene

Die sogenannten „Jungen Kirchen“ in Ostasien, einst Gründungen westlicher Missionsgesellschaften, haben einen wichtigen Schritt zu einer selbständigen Repräsentation ihres ökumenischen Willens getan, nachdem sie auf den Weltkirchenkonferenzen in steigendem Maße das Wort führten. Schon 1949, ein Jahr nach der Gründung des Weltrates der Kirchen, wurde ein eigenes Ostasiensekretariat gebildet, und Dr. Rajah Manikam, seit 1956 Bischof der lutherischen Kirche Indiens, war ein tatkräftiger Förderer des engeren Zusammenschlusses der ostasiatischen Missionskirchen. Nunmehr hat eine von 120 Kirchenvertretern aus 14 asiatischen Nationen besandte Konferenz, die vom 17.—27. März in Prapat auf Sumatra

tra, im Gebiet der lutherischen Batak-Kirche tagte, den Beschluß gefaßt, „eine asiatische christliche Konferenz als Organ der bleibenden Zusammenarbeit der Kirchen und Christenräte Ostasiens zu gründen“. Diese Gründung soll im Rahmen des Internationalen Missionsrates und des Weltrates der Kirchen im Jahre 1960 auf der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (vermutlich in Ceylon) erfolgen, nachdem alle Mitglieder des Weltrates ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Der Vorkämpfer des Planes, Dr. D. T. Niles von der methodistischen Kirche in Ceylon, z. Z. Präsident des Christlichen Stu-

dentenweltbundes, wird fortan das Ostasiensekretariat leiten und weiter ausbauen. Die asiatischen Christen sehen in der organisatorischen Selbständigkeit eine Chance, die von den westlichen Kirchen übernommenen sehr vielfältigen Bekenntnisunterschiede zu überwinden und die christliche Botschaft gegenüber den Mächten Asiens wirksamer zu vertreten. Der Plan ist eine deutliche Absage an das Wiederaufleben des Konfessionalismus im Weltrat der Kirchen, der besonders in Evanston, aber auch schon in Amsterdam eine durchgreifende Wendung zur Einheit der Kirche verhinderte.

Die Stimme des Papstes

Die Enzyklika „Fidei Donum“ über die Mission in Afrika

Der Heilige Vater hat am 21. April einen Rundbrief an den Episkopat der ganzen Welt „Über die gegenwärtige Lage der Missionen in Afrika“ herausgegeben, den der „Osservatore Romano“ am 27. April in lateinischer Sprache zugleich mit einer italienischen Übersetzung veröffentlicht hat. Die Enzyklika beginnt mit den Worten „Fidei Donum“. Sie lautet in deutscher Übertragung:

An Unsere Ehrwürdigen Brüder,
die Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe
und anderen Ortsordinarien,
die in Frieden und Gemeinschaft
mit dem Apostolischen Stuhl leben

PIUS XII., PAPST

Ehrwürdige Brüder,

Gruß und Apostolischen Segen!

Es ist unsere Pflicht, für die unvergleichlichen Reichtümer, die Gott uns mit der Gabe des Glaubens in die Herzen legt, ihrem göttlichen Urheber unaufhörlich Dank zu sagen. Denn der Glaube ist es, der uns in die Geheimnisse des göttlichen Lebens einführt; er schenkt uns die Hoffnung auf die himmlische Seligkeit; er festigt schon in diesem Leben die Einheit der christlichen Gemeinschaft, nach dem Apostelwort: „Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe“ (Eph. 4, 5). Durch die Gnade dieses göttlichen Geschenks erhebt sich in unsern Herzen das Zeugnis: „Wie soll ich dem Herrn alles vergelten, was er an mir getan hat?“ (Ps. 115, 12.) Was kann der Mensch dem Herrn für diese göttliche Gabe, außer Treue und Gehorsam, Willkommeneres anbieten, als daß er das Licht der Wahrheit, das Christus gebracht hat, unter den Menschen weitverbreitet? Missionarischer, vom Feuer der christlichen Liebe beseelter Geist ist gewissermaßen die erste Antwort der menschlichen Dankbarkeit gegenüber Gott; wer das Geschenk des Glaubens anderen Menschen weitergibt, stattet damit Gott seinen Dank ab.

Überschauen Wir nun im Geiste die unübersehbare Schar Unserer Söhne, zumal in den Ländern alter Christenheit, die die Wohltaten des heiligen Glaubens genießen, so sehen Wir doch auf der anderen Seite die bei weitem größere Schar derer, die noch auf die Botschaft des Heils warten. Darum möchten Wir euch, Ehrwürdige Brüder, aufs dringlichste ermahnen, mit eurem Eifer die heilige Sache der Ausbreitung der Kirche Gottes über die ganze

Erde hin zu unterstützen. Möge durch Unseren Mahnruf der Missionsgeist der Priester gesteigert und durch sie auch bei allen Gläubigen geweckt werden.

Dieses ernste Problem haben sowohl Unsere Vorgänger wie Wir selbst, wie ihr wißt, schon mehr als einmal behandelt, um alle Gläubigen zu apostolischem Eifer zu mahnen, wie es das Wissen um das Geschenk des Glaubens verlangt (vgl. Benedikt XV., Epist. Apost. *Maximum illud*, AAS 11, 1919, S. 440 ff.; Pius XI., Homilie *Accipietis virtutem*, AAS 14, 1922, S. 344 ff.; Pius XI., Enzyklika *Rerum Ecclesiae*, AAS 18, 1926, S. 65 ff.; Pius XII., Enzyklika *Evangelii Praecones*, AAS 43, 1951, S. 497 ff. [Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 490 ff. und 544 ff.]). Ob sie diesen Eifer den entchristlichten Gegenden Europas oder den unermeßlichen Räumen Südamerikas zuwenden, die sich beide, wie Wir wissen, in großen Schwierigkeiten befinden; ob sie den katholischen Missionen in Ozeanien oder Asien zu Hilfe kommen, vor allem in jenen Ländern, wo heftig gegen den Glauben an Gott gekämpft wird; ob sie sich der Uns besonders teuren Christen annehmen, die Zier und Schmuck der Kirche sind, weil für sie die Seligpreisung des Evangeliums gilt: „Selig, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen“ (Matth. 5, 10); ob sie sich schließlich um die unzähligen Opfer des modernen Atheismus sorgen, zumal um die Jugend, die ohne Kenntnis der göttlichen Dinge, ja selbst im Haß gegen Gott heranwächst: all dies sind dringliche Aufgaben, die rasche Lösung verlangen. Sie fordern einen neuen Aufschwung der apostolischen Kräfte in der Kirche, damit „ganze Phalangen von Glaubensboten, wie in der Frühzeit der Kirche“, auf dem Feld des Herrn voranstürmen (AAS 44, 1952, S. 370). Doch obwohl Uns all dies ständig in unsern Gedanken und Gebeten gegenwärtig ist und Wir es eurer Sorge aufs innigste empfehlen, so schien es Uns doch gegenwärtig vor allem wichtig, eure Aufmerksamkeit auf Afrika zu lenken: Afrika, das zur zivilisierten Menschlichkeit und bürgerlichen Reife unserer Zeit aufsteigt und vielleicht die ernsteste und schwierigste Periode seiner uralten Geschichte durchmacht.

I. Die Lage der Kirche in Afrika

Die Fortschritte, die die Kirche in Afrika in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, geben den Christen gewiß Anlaß zur Freude und zu gerechtem Stolz. Sogleich nach Unserer Erhebung auf den Stuhl Petri haben Wir betont: